

Zero Pay Day: Am 18. November beginnt in Niedersachsen die unbezahlte Patientenversorgung für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte

KVN-Vorstand: „Budgets sind patientenfeindlich und müssen weg!“

Für die rund 14.000 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in Niedersachsen ist am 18. November der Zero Pay Day – ab da bekommen sie statistisch betrachtet kein Geld mehr für die meisten Behandlungen gesetzlich krankensicherter Patientinnen und Patienten.

„Hintergrund für unsere Berechnungen ist die oft übersehene Tatsache, dass die Honorierung ärztlicher Leistungen begrenzt ist und jeder Arzt ein Budget hat, über das hinaus ihm seine Tätigkeit nicht mehr vergütet wird. Zugleich richten sich die Erwartungen der Politik und der Öffentlichkeit darauf, dass Ärzte ständig zeitnah verfügbar sind“, sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVN, Thorsten Schmidt, heute in Hannover.

Das Datum 18. November stellt einen Durchschnittswert dar. Wann genau die Budgets exakt erschöpft sind, hängt von Standort und Fachrichtung ab. Das bedeutet: Im Durchschnitt werden den Praxen zehn Prozent ihrer erbrachten Leistungen nicht vergütet. Dies geht aus den aktuellen Berechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) hervor.

„Viele Ärztinnen und Ärzte geben ihren Patientinnen und Patienten Termine auch dann noch, wenn ihr Budget bereits ausgeschöpft ist, sie also keine Vergütung für diese Behandlung mehr erwarten können. Gerade angesichts der politischen Forderung nach kürzeren Wartezeiten setzt die KVN mit der Berechnung einen markanten Kontrapunkt: Wir fokussieren damit auf die von den Ärztinnen und Ärzten erbrachten Leistungen, nicht auf die im Prinzip unerfüllbaren Leistungsversprechen der Politik“, so Schmidt.

Seit über dreißig Jahre müssten Kassenärztinnen und Kassenärzte nun schon mit Budgets leben. „Viele unserer Mitglieder sprechen in diesem Zusammenhang von ‚Selbstaussbeutung‘. Die Alternative: Patientinnen und Patienten nicht so zu versorgen, wie es medizinisch notwendig ist. Budgets sind patientenfeindlich und müssen weg!“, sagte Schmidt.

Schmidt forderte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, seine Zusagen einzuhalten und die hausärztlichen Budgets abzuschaffen. Aber auch die Abschaffung der Budgets im fachärztlichen Bereich sind unbedingt notwendig, denn dort sieht es

nicht besser aus als bei den Hausärztinnen und Hausärzten.“